

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 19. Januar 1951

Nummer 3

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Der Gordon Gray-Bericht und die Lage der Weltwirtschaft und Westdeutschlands Anfang 1951

Am 10. November 1950 hat Gordon Gray dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika seinen „Report to the President on Foreign Economic Policies“ vorgelegt, den er auf Grund eines am 31. März 1950 an ihn ergangenen Auftrages zusammen mit einer Gruppe von Mitarbeitern ausgearbeitet hat. Während der Ausarbeitung hat sich das weltpolitische Klima grundlegend geändert. Der Gordon Gray-Bericht hat dem Rechnung getragen. Während er ursprünglich die Grundlinien einer „richtigen“ amerikanischen Weltwirtschaftspolitik in einer zum Zustand des „business as usual“ zurückstrebenden Weltwirtschaft aufzeigen sollte, legt er nun die Tatsache des verschärften Gegensatzes von West und Ost und der dadurch ausgelösten Aufrüstung auch in der westlichen Weltwirtschaft einer konkreten weltwirtschaftlichen Diagnose für die kommenden Monate und Jahre zugrunde. „Diese Reihe von Ereignissen ändert“, wie Gordon Gray in seinem Einführungsschreiben an den Präsidenten ausdrücklich betont, „den Grundcharakter des zu behandelnden Problems nicht“. Dieser besteht darin, „eine Grundstruktur internationaler Wirtschaftsbeziehungen mitaufzubauen zu helfen, die jedem Land über den freien Verkehr von Gütern und Kapital ein gesundes finanzielles Wachstum ermöglichen soll ohne die Notwendigkeit spezieller finanzieller Hilfe“, und die „amerikanische wirtschaftliche Kraft und die der anderen freien Nationen der Welt stärken soll“, wie es der Präsident in seinem Auftragsschreiben vom 31. März 1950 betont hatte. Aber die neue Lage zwang die Berichtersteller, nun schärfer die konkreten Probleme der unmittelbaren nächsten Zukunft in's Auge zu fassen. Damit ist eine weltwirtschaftliche Diagnose entstanden, die frei von allen Interessenstandpunkten und nationalistischen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen die sachliche Problematik und, daraus abgeleitet, das an sich wirtschaftspolitisch Notwendige aufzuzeigen sucht, und die vermutlich die Grundlage eines demnächst festzulegenden amerikanischen Außenwirtschaftsprogramms bildet. Diese offizielle, aus einem großen Verantwortungsgefühl von dem weltwirtschaftlich führenden Land aus erstellte Rahmendiagnose werden alle nationalen Diagnosen zu berücksichtigen haben, wenn sie Anspruch auf Sachlichkeit erheben wollen.

Die am 22. Dezember 1950 veröffentlichte Diagnose des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“ der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über „Die Lage der westdeutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft Ende 1950“¹⁾ hatte vor allem die kurzfristige Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft im Auge, wie sie sich auf Grund der Ende 1950 gegebenen Situationen auf dem Gebiet der innerdeutschen Produktionsengpässe, des zu Beginn des vierten Vierteljahres 1950 scharf zugespitzten deutschen Außenhandelsengpasses und der dadurch bedingten restriktiven kreditpolitischen Maßnahmen vermutlich ergeben mußte. Ohne den weiterhin nach oben gerichteten Grundzug der westdeutschen Konjunktur zu verkennen, mußte doch festgestellt werden, daß „für die kommenden Monate — zumal unter dem Einfluß der Jahreszeit — mit einer Fortdauer der Expansion

nicht mehr zu rechnen“ war; „ein gewisser konjunktureller Rückschlag (sei) sogar möglich“¹⁾. Aber diese Diganose mußte klar auch unter die Klausel *ceteris paribus* gestellt werden, wobei offen bleiben mußte und weiter offen bleibt, ob und wann diese Klausel hinfällig wird. Die spezielle Diagnose für Westdeutschland schloß: „Eine realistische Betrachtung wird nicht übersehen dürfen, daß die weltpolitischen Ereignisse auch die Bundesrepublik in absehbarer Zeit zu einer Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben zwingen können. Aus ihr würden sich für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung völlig neue Aspekte ergeben“²⁾.

Daß diese neuen Aspekte, die das eigentlich Interessante der kommenden Monate sind, auf weltwirtschaftlichem Feld schon gegeben sind, ist der aktuelle Inhalt des Gordon-Gray-Berichtes. Sie werden für Westdeutschland, wie auch für

¹⁾ Vgl. Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 17. Jg. Nr. 52 vom 22. Dezember 1950.

²⁾ a. a. O. S. 207. — ³⁾ a. a. O. S. 210.

Westeuropa überhaupt, so oder so nicht auf sich warten lassen. In ihrem Lichte jedoch müssen in einer realistischen Betrachtung nun auch alle die Probleme gesehen werden, in denen und vor denen die westdeutsche Wirtschaftspolitik zur Zeit steht, vor allem die Rohstoffklemme, die Außenwirtschaftsklemme und die auf diese zurückgehende kreditpolitische Problematik. Die wenigen Wochen seit dem Erscheinen jener Gemeinschaftsdiagnose haben den Übergang von der vorbereitenden Periode zur Periode der beginnenden aktuellen Aufrüstung im weltweiten Maßstab gebracht. Das Klima hat sich wiederum verändert. Zumindest der Rahmen der künftigen Entwicklung muß rechtzeitig abgetastet werden.

Die zweite Etappe der Rüstungskonjunktur

Wie schon im Sommer des vergangenen Jahres vorausgesehen werden konnte¹⁾, mußte das noch konjunkturelle Stadium der beginnenden Rüstungswirtschaft, das noch mehr im Zeichen von Voreindeckungen als schon im Zeichen der aktuellen Rüstungsproduktion stand, nach wenigen Monaten auslaufen und dem Stadium der beginnenden Rüstungsproduktion weichen. Ganz unabhängig von der prinzipiellen, aber falsch gestellten Frage „Marktwirtschaft oder Planwirtschaft“ mußten damit direkte Wirtschaftskontrollen in wachsendem Maße unausweichlich werden. Diese zweite Etappe hat nun in der westlichen Weltwirtschaft begonnen. In dem Anfang Januar 1951 veröffentlichten fünften Jahresbericht des Council of Economic Advisers des amerikanischen Präsidenten wird für die Vereinigten Staaten von Amerika die jetzt bestehende Notwendigkeit des allmählichen Übergangs zu schärferen direkten Kontrollen, vor allem bei den Löhnen und den Rohstoffen, klar ausgesprochen. Auch ist es kein Geheimnis mehr, daß das Problem der internationalen Verteilung der knapper werdenden Rohstoffe im Mittelpunkt der amerikanisch-britischen Verhandlungen über rüstungswirtschaftliche Probleme steht, daß dies Problem innerhalb der OEEC und in den Verhandlungen der OEEC mit den Vereinigten Staaten das Grundproblem darstellt und somit auch für die Bundesrepublik entscheidender wird als alle sonstigen außenwirtschaftlichen Probleme, und daß das Ausmaß der Bereitwilligkeit, Westeuropa und damit vor allem auch der Bundesrepublik Rohstoffe aus dem knapper werdenden Topf zuzuteilen, auf amerikanischer Seite begreiflicherweise davon abhängt, in welchem Maße überhaupt Aussichten auf eine kräftige allgemeine Steigerung der Produktion in Westeuropa bestehen. Dies sind alles güterwirtschaftliche Überlegungen, die tatsächlich vor den finanziellen in dem Sinne den Vorrang haben, als Entwicklungen, die güterwirtschaftlich möglich sind, auch finanztechnisch möglich sein müssen. Entscheidend für die augenblickliche Situation ist, daß, obwohl auch die Vereinigten Staaten erst jetzt zur aktuellen Rüstungsproduktion in größerem Umfang übergehen, die westeuropäischen Länder in dieser Entwicklung nachhinken. Ihre z. T. gegenwärtig erheblich verbesserte außenwirtschaftliche Situation gegenüber den Vereinigten Staaten beruht im ganzen gesehen ausschließlich darauf. Die Lage wird weiter kompliziert dadurch, daß es sich in Westeuropa, vor allem aber in Westdeutschland (ebenso wie in Japan) im Rahmen der wirtschaftlichen Sicherungspolitik nicht nur um die Steigerung der für die politische Sicherung durch Rüstungen notwendigen Beanspruchung des Sozialproduktes, sondern gleichzeitig um die Erhaltung, ja möglichst noch weitere Steigerung des im ganzen keineswegs schon hohen allgemeinen Lebensstandards handelt. Damit rückt die Problematik Westeuropas und Japans in die Nähe der Problematik der großen überseeischen, unterentwickelten Gebiete, vornehmlich am südlichen Randbogen des eurasischen Kontinents, die z. T., wie China, infolge der Unfähigkeit, das allgemeine Lebensniveau zu

heben, für den westlichen Wirtschaftsstil schon verlorengegangen sind.

Die Diagnose Gordon Gray's

Für diese ganze Situation, wie sie nun Anfang 1951 unmißverständlich besteht, gibt der Gordon Gray-Bericht eine nüchterne weltwirtschaftliche Diagnose, die aber gerade infolge der Ernüchterung, die sie bringt, auch alle gewaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten und damit Notwendigkeiten — z. T. in scharfem Kontrast zu den rein nationalwirtschaftlichen Diagnosen — aufzeigt.

Der Gordon Gray-Bericht stellt fest, daß ohne die Korea-Krise und die durch sie ausgelöste wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa vermutlich in absehbarer Zeit mit der Wiedererreichung des Zustandes der „viability“ tatsächlich hätte gerechnet werden können, daß jedoch die neuerdings erzielte Verbesserung der Außenwirtschaftsbilanz Westeuropas (im ganzen) gegenüber dem Dollarblock mit einer solchen trendmäßigen Entwicklung zum Guten nichts zu tun hat. Im Gegenteil muß die neueste Entwicklung — entgegen dem Augenschein — in diesem Gesundungsprozeß einen heftigen Rückschlag bedeuten. Die Verbesserung der westeuropäischen Devisenbilanz im abgelaufenen Jahr ist die unmittelbare Folge der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten in der Aufrüstungspolitik vorangegangen sind. Die hauptsächlich durch die wachsende amerikanische Nachfrage hervorgerufene Hausse an den Weltwarenmärkten hat auch den Einfuhrbedarf der europäischen Länder und ihre „terms of trade“ verschlechtert; aber die erhöhten Exporterlöse der überseeischen Rohstoffgebiete haben demgegenüber noch mehr die Dollar-Einnahmen derjenigen europäischen Länder erhöht, denen die Rohstoffproduktion in jenen überseeischen Gebieten gehört, oder zumindest ihre Dollarkasse, da jene Rohstoffgebiete ihre Guthaben vielfach in Europa (vor allem in London) unterhalten. Andererseits ist die z. T. bedeutende Exportkapazität der westeuropäischen Länder, die 1950 ihre Fertigwarenxporte z. T. sehr beträchtlich erweitern konnten, nur dadurch für den Export verfügbar gewesen, daß die zusätzlich-unmittelbare Beanspruchung der westeuropäischen Industrie für die eigene westeuropäische nationale Aufrüstung noch minimal, z. T. gleich Null, blieb. Diese günstige Außenwirtschaftslage könnte also nur anhalten, wenn die eigene Aufrüstung in den europäischen Ländern weiterhin niedrig bleibt — eine Annahme, die unrealistisch ist. Wie realistisch man in angelsächsischen Kreisen die Lage beurteilt, geht daraus hervor, daß z. B. der Verzicht Großbritanniens auf weitere ERP-Hilfe in den britisch-amerikanischen Vereinbarungen beiderseitig ausdrücklich nur vorläufig gedacht ist! Der Gordon Gray-Bericht zieht aus allen derartigen Überlegungen die Schlußfolgerung, daß der Kapital-Importbedarf Westeuropas auf Grund der neueren Entwicklungen nicht geringer ist, als er sich nach dem ERP-Programm für die nächsten Jahre stellen würde, sondern ganz erheblich höher, sofern man auf die Erschließung der in Westeuropa noch schlummernden Produktionsreserven nicht weitgehend verzichten will¹⁾. Inwieweit dieser legitime Kredit-

¹⁾ Vgl. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung Jg. 1950, Heft 3, S. 165/6.

¹⁾ Der amerikanische Präsident hat sich in seiner Botschaft an den 82. Kongreß am 8. Januar 1951 bereits in diesem Sinne geäußert.

bedarf tatsächlich befriedigt werden kann, wird sich nach den im ganzen in der westlichen Welt vorhandenen Produktionskapazitäten und der allgemeinen, also z. T. stark politisch bestimmten Disposition über sie, richten müssen — und erst dann nach „finanziellen“ Gesichtspunkten.

Europas Beitrag: Maximalisierung der Erzeugung

Was jedoch Westeuropa selbst dazu beitragen kann, diese letzten Endes güterwirtschaftlich bestimmte Kreditwürdigkeit Westeuropas für solche neuen Kredite zu verbessern, besteht darin, daß es alles tut, was es seinerseits zur Maximalisierung seiner Produktion und seiner Produktivität leisten kann, und alles unterläßt, was diesem Ziel widerspricht. Dabei ist es selbstverständlich, daß ausreichende Dollarkredite die Voraussetzung einer solchen Produktionssteigerung sind; aber das Umgekehrte gilt nicht minder! Ja, das logische Prius, wenn auch nicht das zeitliche, liegt bei der Bereitschaft zu dieser Maximalisierung.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Maximalisierung der Produktion in den Vereinigten Staaten selbst für die amerikanische Wirtschaft als die wichtigste Voraussetzung zur Bewältigung aller jetzt auftauchenden Probleme selbstverständlich von vornherein erkannt worden ist¹⁾. So stellt jetzt der neueste Jahresbericht des Council of Economic Advisers des amerikanischen Präsidenten trotz annähernder Vollbeschäftigung der amerikanischen Wirtschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt als realistisches Ziel die Forderung einer Steigerung der Gesamt-Erzeugung um 25 vH in den nächsten fünf Jahren auf. Es müsse zwar größte Sorgfalt entwickelt werden, um Tempo und Umfang des Ausweitungsprozesses im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten zu halten; aber der Council betont ausdrücklich, daß das vermutlich zu bewältigende Produktionsprogramm durchaus im Rahmen der amerikanischen Produktionsmöglichkeiten läge, und verweist darauf, daß auf dem Höhepunkt des zweiten Weltkrieges mehr als 40 vH des Sozialproduktes militärischen Zwecken zugeführt worden und trotzdem die Kapazität der amerikanischen Industrie auf einen vorher nie gekannten Stand gestiegen ist. Die erreichbare Kapazität ist heute ganz erheblich größer als damals, wenn auch das Problem der Verteilung des Sozialproduktes auf zivile Zwecke und den Sicherungsbedarf heute bei Vollbeschäftigung natürlich gewisse neue Probleme stellt.

Diese durch Erfahrung gestützte realistische Zuversicht ist es auch, die den jetzigen Administrator der Marshall-Plan-Verwaltung, Foster, am 1. Dezember 1950 in Paris veranlaßte, für Westeuropa, wo die unerschlossenen Produktionsreserven zweifellos (prozentual) noch größer als in den Vereinigten Staaten sind, eine Steigerung der Produktion um 100 Mrd. \$ auf rund 260 Mrd. \$ bis Ende Juni 1952 als „modest“ zu bezeichnen. Ganz in diesem Sinne stellt denn auch der Gordon Gray-Bericht die Forderung und Bedingung: „... es ist wichtig, daß die westeuropäischen Länder ihre gesamten Produktionsmöglichkeiten stärker ausnutzen und mit Energie auf engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit hinwirken.“ In der Tat liegen in der fortschreitenden Integration der europäischen

Wirtschaft noch ihre bedeutendsten Produktionsreserven.

Die Erschließung dieser Produktionsreserven wird aber durch den immer noch nicht überwundenen klein-europäischen Wirtschaftsnationalismus trotz fortschreitender Liberalisierung des innereuropäischen Handels stark behindert. Von der zurückgedrängten Kontingents- und Zollschutzpolitik flüchtet sich dieser Nationalismus in verwaltungstechnische Maßnahmen und verbirgt sich zuletzt hinter dem Vorwand der (äußeren und inneren) finanziellen Stabilität. Zwar sind auf dem Gebiet der Freigabe des innereuropäischen Zahlungsverkehrs beachtliche und vor wenigen Jahren vielleicht noch für unmöglich erachtete Erfolge erreicht worden, aber doch nur zu Lasten einer erneuten Erstarrung noch vorhandener und der Festlegung neuer noch starrer Bindungen. Diese Verpflichtungen werden z. T. sogar als derart sakrosankt betrachtet, daß man eher die Liberalisierung, d. h. also praktisch die weitere europäische Wirtschaftsintegration, zu opfern bereit ist, als sie neu zu überprüfen.

Kurzfristige Konjunkturdaten

Die Beobachtung der statistischen Daten für kurzfristige Zeiträume, insbesondere der Wochenzahlen, hat schon früher in der Wirtschaftsforschung eine große Bedeutung gehabt. Einmal ist es die hohe Reagibilität einiger wirtschaftlicher Vorgänge, d. h. ihr rasches Ansprechen auf Veränderungen in den konjunkturellen Spannungen, die ihnen symptomatische Bedeutung für die Konjunkturdiagnose verleiht. Auf der anderen Seite sind gerade die kurzfristigen Daten ein besonders treffsicherer Ausdruck für vorübergehende Störungserscheinungen im Wirtschaftsleben, die in den periodischen Daten für längere Zeiträume in ihren Einflüssen weniger sichtbar werden, mag es sich hierbei um Witterungseinflüsse (etwa einen Kälteeinbruch), um Feiertage, um Streiks, um überraschende Ereignisse an den Börsen, um Preiseinbrüche oder dergleichen handeln. Das gilt sowohl für den Bereich der eigenen wie den der anderen Volkswirtschaften.

Mit der Zahlenbeilage „Wochenzahlen“, die der vorliegenden Nummer des Wochenberichts beigelegt ist, nimmt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die durch den Krieg unterbrochene Praxis der Unterrichtung über die kurzfristigen Daten wieder auf, stellt sie aber mehr als früher auf eine internationale Berichterstattung ab. Die „Wochenzahlen“ werden zunächst in 14tägigem Abstand erscheinen und über die kurzfristige Entwicklung jeweils bis zum Ende des vorangegangenen Monats unterrichten.

Die Festlegung relativ enger „Swinggrenzen“ im gegenseitigen Wirtschaftsverkehr der europäischen Länder, die grundsätzlich auf keinen Fall überschritten werden dürfen, ohne daß die außenwirtschaftliche finanzielle Stabilität als preisgegeben und das ganze Zahlungssystem als durchbrochen gilt, entspricht nicht den güterwirtschaftlich in Gesamt Europa gegebenen Expansionsmöglichkeiten und der Dynamik des Wirtschaftsgeschehens, das notwendigerweise sehr dynamisch (sowohl was den Steigerungsprozentsatz als auch relative regionale Verschiebungen betrifft) sein müßte, wenn die europäische Wirtschaft sich anschickt, diese Reserven wirklich zu erschließen. Man braucht sich nur vorzustellen, daß zwischen Hamburg und Frankfurt eine Swinggrenze von nur wenigen Millionen DM bestünde, um zu erkennen, daß damit jede Dynamik, bei der der eine Partner vor den anderen gelegentlich vorzieht, unterbunden bleibt. Selbst-

¹⁾ Auch diese Maxime ist vom amerikanischen Präsidenten in seiner Neujahrsbotschaft an den Kongreß bereits scharf betont worden.

verständlich kann damit nicht einer grenzenlosen Krediteinräumung das Wort geredet werden; aber ebenso selbstverständlich ist, daß der Rahmen der Krediteinräumung nur auf die im ganzen westeuropäischen Raum gegebenen güterwirtschaftlichen Möglichkeiten abgestellt werden kann und nicht auf diejenigen einer einzelnen Ecke und des vielleicht am wenigsten zur güterwirtschaftlichen Expansion neigenden und fähigen Partners. Wahrscheinlich würde ein freies Bankwesen diese Möglichkeiten eher ausschöpfen und dabei doch die gegebenen Grenzen genauer erfassen als eine durch strenge internationale formale Bindungen eingeengte internationale öffentliche Bank- und Zahlungsorganisation.

Äußerungen innerer Stabilität

Das Problem, um das es sich hier handelt, ist vom Gordon Gray-Bericht grundsätzlich scharf erfaßt. Er sagt: „Heute befinden sich in einzelnen Ländern die außenwirtschaftlichen Zahlungsbilanzen mehr oder weniger im Gleichgewicht; aber selbst wo dies der Fall ist, bedrohen chronische Armut, primitive Produktionsmethoden, unergiebigere Ausnutzung der Hilfsquellen und zunehmender Bevölkerungsdruck die innere wirtschaftliche Stabilität dieser Länder.“ Der Bericht hat mit diesen Ausführungen in erster Linie die Verhältnisse in den ganz armen Ländern der Welt im Auge¹⁾. Aber es ist kein Zweifel, daß die europäischen Verhältnisse zwar erheblich, aber doch vielfach nur gradweise davon abweichen! Man könnte diese Kontroverse unter das Stichwort: „Äußere gegen innere Stabilität“ stellen!

In Westdeutschland haben gerade die anläßlich der Zahlungsbilanzkrise in den vergangenen Monaten erstellten offiziellen Gutachten bewiesen, daß von einem ungesunden Ungleichgewicht der westdeutschen Außenwirtschaftsbilanz — im Hinblick auf die Dynamik, in der die Wirtschaft Westeuropas steht, im Hinblick auf die Stellung der deutschen Wirtschaft als dem dynamischsten Teil und auf den allgemeinen Nachholbedarf gerade in Deutschland — selbst im Herbst 1950 nicht gesprochen werden konnte. Trotzdem müssen selbstverständlich die internationalen Verpflichtungen, die Westdeutschland mit der EZU und dem neuen EZU-Kredit übernommen hat, unbedingt verbindlich sein. Das enthebt aber die Forschung nicht der Pflicht darauf hinzuweisen, daß im Grunde nicht die deutsche Außenwirtschaftslage und selbst die deutsche Binnenexpansion, die nur mit der durch eine noch immer widersinnige allgemein-europäische nationalstische Wirtschaftspolitik eingeengte Außenwirtschaft in Widerspruch geraten ist, ungesund sind,

¹⁾ Etwa in Indien und China. Die durch unzureichende Entwicklung der Produktion z. T. infolge formaler „external stability“ hervorgerufenen Entwicklungen werden jetzt, nachdem es in China zu spät ist, im „Economist“ mit schneidender Schärfe dargelegt. (Vgl. „The Economist“ vom 23. Dezember 1950: „Poverty and the Men in Power“, S. 1147. Und vom 30. Dezember 1950: „Poverty and Inflation“, S. 1205).

sondern eben jene „außenwirtschaftlichen Daten“¹⁾. Hier spricht der Gordon-Gray-Bericht wenigstens grundsätzlich eine klare, jedem sachlichen Erfordernis gerecht werdende Sprache! Eine Wirtschaftspolitik, die zumindest unter den gegebenen Umständen unter irgendwelchen Vorwänden das Erfordernis der maximalen Produktion außer acht läßt, kann auf das hohe Prädikat der „Solidität“ keinen Anspruch erheben.

Maximalisierung der Produktion und innere Stabilität

Aber selbst im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der internen finanziellen Stabilität allein ist zumindest jetzt ein solches Verhalten schlecht zu begründen. In der Rüstungskonjunktur ist eine ausgeglichene Außenwirtschaftsbilanz, ein ausgeglichener Staatshaushalt, ja, ein Haushalt mit Einnahmeüberschüssen, keine unbedingte Garantie für die Vermeidung von Inflation²⁾! Auch ist damit durchaus keine Garantie für die Vermeidbarkeit von direkten Kontrollen gegeben. Klar wird in den Vereinigten Staaten erkannt, daß die Maximalisierung der Erzeugung auch für die Verringerung des Inflationsdruckes und für die Beschränkung der direkten Kontrollen und den Ausbau der indirekten Kontrollen die wesentliche Voraussetzung darstellt. So sagt der kürzlich errichtete amerikanische „Wage Stabilization Board“ in seiner ersten Verlautbarung³⁾: Die Voraussetzung für die Lösung des „inflation-control-problem“ sei: „Zuerst die Erzeugung von Gütern des militärischen und zivilen Bedarfs (und die entsprechenden Dienste) auf das höchste Niveau zu steigern, das mit dem Zugang an Grundstoffen, dem Stand der Technik und der wirtschaftlichen Stärke der Nation in der Zukunft vereinbart werden kann.“

Wenn dies für die Vereinigten Staaten mit ihrem hohen Lebensstandard gilt, so noch viel mehr für das erheblich ärmere Westeuropa und die Bundesrepublik Deutschland im besonderen, wo auch aus anderen Gründen noch die Durchführung der Maxime: „Trotz Kanonen auch Butter“ eine Lebensfrage ist.

¹⁾ Daran geht fast die ganze wirtschaftspolitische Diskussion vorbei: Vgl. dazu etwa die verschiedenen Aufsätze in der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“ 4. Jg. Heft 1 vom 1. Jan. 1951. Die von dieser Auffassung stark abweichende diagnostische Beurteilung der Lage durch verschiedene deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute in der letzten Zeit hat ihre Ursache in der im ganzen wohl richtigen Erfassung dieser Zusammenhänge, wenn auch daraus z. T. unrealistische Forderungen gezogen wurden. Der Fragenkomplex wurde bereits im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 25. November 1950. („Hintergründe der Geldvermehrung“) zu klären versucht.

²⁾ — da ein Ungleichgewicht von Verbrauch und Investitionen (plus Rüstungsbedarf) einerseits und gesamter Produktion andererseits bei der notwendig hohen Konsumneigung dadurch nicht unbedingt verhindert wird und fast jede Steuererhöhung abgewälzt wird und zu Preiserhöhungen drängt. Vgl. dazu: „Zur konjunkturellen Situation“, in dem soeben erscheinenden Vierteljahrsheft zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1950, Heft 4. Auch maßgebende schweizerische Konjunkturforscher vertreten neuerdings verwandte Auffassungen. In den Vereinigten Staaten ist man sich offenbar über diese Problematik grundsätzlich im Klaren.

³⁾ Vgl. „The New York Times“ vom 18. Dezember 1950.

Gegenstand	Einheit	Vorjahr					Gegenwart									
		27. Nov. bis 3. Dez. 1949	4.-10. Dez. 1949	11.-17. Dez. 1949	18.-24. Dez. 1949	25.-31. Dez. 1949	22.-28. Okt. 1950	29. Okt. bis 4. Nov. 1950	5.-11. Nov. 1950	12.-18. Nov. 1950	19.-25. Nov. 1950	26. Nov. bis 2. Dez. 1950	3.-9. Dez. 1950	10.-16. Dez. 1950	17.-23. Dez. 1950	24.-30. Dez. 1950
		48.	49.	50.	51.	52.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.	50.	51.	52.
Woche:																
Arbeitsmarkt																
Arbeitslose in Westdeutschland	1000	1388	.	1499	.	1558	.	1230	.	1278	.	1316	.	1481	.	1690
" " Westberlin	"	267	.	274	.	279	.	278	.	280	.	279	.	282	.	286
Versicherte Arbeitslose in USA	"	2516	2437	2350	2337	2446	829	853	889	.	.	.	.	.	.	.
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	182,7	188,7	192,0	194,7	.	206,7	205,6	206,7	207,6	207,0	190,3	206,1	207,8	209,2	209,0
Industrieproduktion in USA	"	184,1	173,6	177,4	186,7	188,4	221,1	222,6	222,4	215,4	192,7	218,5	223,7	216,3	216,8	203,3
Steinkohlenföderung in Westdschld. ¹⁾	1000 t	2232	2271	2353	1853	1502	2223	2095	2268	2390	2406	2515	2364	2514	2283	1455
" " Großbritannien	"	4649	4677	4867	4389	2673	4448	4465	4502	4507	4422	4582	4651	4843	4343	2615
Kohlenförderung in USA	Mill. t	11,5	8,4	8,4	7,9	8,2	10,5	10,3	10,0	10,8	8,2	8,5	10,3	.	9,9	8,3
Rohstahlerzeugung in Westdschld. ¹⁾	1000 t	135	143	146	127	107	186	183	182	180	177	174	171	164	157	89
" " USA	Mill. t	1,47	1,53	1,58	1,58	1,56	1,80	1,79	1,81	1,80	1,80	.	1,76	1,77	1,76	1,75
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	72	54	87	115	110	188	187	161	122	120	151	160	169	160	130
Stromverbrauch in Westdeutschland . .	Mill. kWh	553	551	567	552	475	616	612	625	629	615	653	664	675	681	.
" " Westberlin ²⁾	"	17	18	18	19	17	17	18	19	19	18	20	21	21	22	22
Güterverkehr																
Wagenanforderung } Bundesbahn	1000	338,1	328,7	329,9	296,9	225,7	398,0	374,5	386,7	383,4	364,3	399,0	392,8	394,9	378,9	.
Wagengestellung } Deutschland	"	335,4	326,6	327,7	295,7	225,3	389,5	367,1	383,9	380,5	358,7	382,0	379,3	380,9	367,5	.
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in Westdeutschland u. Westberlin . .	Mill. DM	7386	7423	7363	7266	7738	7520	8268	8010	7748	7435	8246	8173	8056	7875	8414
Notenumlauf d. Bank von England . . .	Mrd. frs.	1257	1284	1312	1318	1322	1273	1276	1278	1280	1280	1286	1308	1339	1351	1358
" " Frankreich	"	1240	1242	1234	1248	1278	1467	1503	1496	1468	1453	1503	1512	1509	1523	1561
" " Niederländischen Bank	Mill. hfl.	3052	3067	3023	3031	3106	2792	2867	2849	2821	2819	2853	2901	2848	2853	2968
" " Belgischen Nationalbk.	" bfrs.	86821	86528	85752	85785	87113	84784	86282	85925	85226	84701	86238	86290	85697	86142	87218
" " Schweizer. Nationalbk.	" sfrs.	4345	4304	4348	4508	4566	4228	4367	4299	4245	4266	4396	4380	4434	4603	4664
" " Schwedisch. Nationalbk.	" skr.	3110	3047	3141	3263	3295	3087	3253	3145	3095	3080	3287	3220	3331	3484	3510
" " Bank von Canada	" \$	1283	1292	1295	1311	1311	1325	1323	1329	1328	1325	1324	1333	1340	1361	1368
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	27542	27699	27701	27833	27765	27121	27219	27388	27296	27450	27543	27698	27759	27929	27916
Geld- und Kapitalmarkt																
<i>Bank deutscher Länder</i>																
Inlandswechsel	Mill. DM	(2505)	(2691)	(2716)	(2777)	(2821)	3612	3665	2771	3552	3505	3821	3829	3845	3895	3652
Schatzwechsel der Bundesverwaltung	"	—	30	34	47	—	303	298	301	297	242	185	234	202	197	172
Lombardforderungen	"	1145	1088	1060	1109	1464	878	1153	899	862	823	1113	970	1086	944	1098
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung .	"	2	2	1	25	61	589	839	843	785	799	974	877	911	756	1006
Forderungen gegen die öfötl. Hand. . .	"	5614	5713	5735	5711	5876	5879	5893	5912	5911	5893	5828	5922	5904	5892	5967
Depositen	"	(994)	(1008)	(981)	(1110)	(860)	2905	2891	2817	2748	2895	2742	2676	2899	2892	2554
<i>490 repräsentative Geldinstitute in West-Deutschland</i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken.	"	.	.	.	.	.	.	9045	9084	9157	9215	9322	9315	9504	.	.
Einlagen von Nichtbanken	"	.	.	.	.	.	11118	11246	11358	11445	11214	11276	11276	11127	.	.
darunter Spareinlagen	"	.	.	.	.	.	1966	1982	1989	1989	1990	1989	1982	1972	.	.
<i>Berliner Zentralbank</i>																
Wechsel	"	20,1	16,5	23,9	26,3	28,5	46,6	29,3	40,9	54,3	51,5	36,2	30,1	26,0	30,0	41,0
Kassenvorschüsse	"	13,6	13,0	11,5	11,1	11,3	19,9	19,9	19,9	19,4	19,4	19,4	19,4	19,4	19,4	19,2
Einlagen insgesamt	"	54,2	78,0	104,4	74,2	49,0	121,3	105,4	114,7	135,4	136,2	106,9	125,1	118,1	141,5	129,8
<i>Bank von England</i>																
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	1299,3	1299,4	1349,3	1349,3	1349,3	1345,2	1345,2	1345,2	1345,3	1345,3	1345,2	1345,2	1370,2	1370,2	1370,3
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	453,1	506,2	471,6	502,6	504,4	622,1	615,2	620,3	621,9	620,6	623,7	642,8	652,3	401,1	413,2
Depositen insgesamt	"	474,9	510,0	497,7	522,0	519,9	684,7	674,6	676,8	676,1	675,4	672,0	668,7	671,7	408,4	414,3
<i>Bundes-Reserve-Banken USA</i>																
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	44272	44530	45304	45583	45392	45080	45089	44871	46049	45380	45321	45649	46372	46852	46451
darunter: Goldzertifikate	"	22677	22674	22672	22622	22622	21553	21510	21460	21387	21333	21261	21183	21122	20982	20972
" " Regierungspapiere	"	17682	17931	18169	18583	18789	19229	19291	19311	19425	19296	19569	20239	20529	20227	20337
Einlagen insgesamt	"	17793	18003	18098	18632	18566	18436	18460	18246	18594	18404	18581	18809	19129	19309	19175
darunter: Regierungseinlagen	"	517	441	393	103	99	420	452	298	341	541	564	540	451	685	786
Zinssätze																
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd. }	o/o p. a.	4	4	4	4	4	3) 4	4) 6	6	6	6	6	6	6	6	6
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungssfr. }	i. Westdschl.	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Tagesgeld in London	o/o p. a.	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4
Effektenmarkt																
Festverzinsl. 4% Wertpap. i. W.-Dtschld.	vH	7,74	7,73	7,73	7,73	7,73	7,69	7,67	7,66	7,66	7,64	7,61	7,53	7,48	7,44	7,46
Kursniveau, gesamt.	"	7,86	7,86	7,86	7,86	7,86	7,77	7,77	7,77	7,77	7,76	7,73	7,65	7,63	7,59	7,58
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	"	7,92	7,92	7,93	7,93	7,94	7,89	7,89	7,89	7,89	7,89	7,89	7,89	7,77	7,78	7,78
Pfandbr. d. öfötl.-rechtl. Kreditanst.	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kommunalobligationen der Hypothekenbanken	"	7,58	7,58	7,58	7,58	7,58	7,40	7,39	7,39	7,40	7,36	7,36	7,36	7,34	7,30	7,31
Kommunalobligationen der öfötl.-rechtl.-Kreditanstalten	"	8,08	8,08	8,08	8,13	8,08	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,04	8,13
Industrieobligationen	"	7,24	7,19	7,15	7,14	7,18	7,25	7,20	7,14	7,13	7,08	7,03	6,89	6,77	6,69	6,80
Aktienindex, Westdeutschland ⁵⁾ . . .	Dez. 48 = 100	179,5	177,6	180,3	186,7	201,1	198,2	197,8	195,8	194,4	193,7	188,2	185,6	189,6	188,2	192,3
Aktienindex, Großbritannien ⁶⁾ . . .	"	104,2	104,0	105,7	106,4	106,4	117,4	116,9	117,3	118,1	117,9	114,4	113,2	114,9	115,8	115,7
Aktienindex, USA ⁷⁾	"	135,7	138,9	141,1	140,1	141,2	171,4	167,0	166,6	169,9	173,5	167,1	167,5	169,5	172,6	175,1
Wechselkurse																
Notenfreiverkehr in Zürich ⁸⁾	sfrs. je 100 DM	67,00	67,50	72,00	71,50	74,50	82,00	81,50	81,75	82,00	82,00	82,00	81,25	80,00	76,50	78,50
" " New York ⁸⁾	\$ je 100 DM	15,625	15,875	17,125	16,625	17,125	18,625	18,625	18,750	18,750	18,750	18,750	18,750	18,500	18,125	18,250
DM-Ost in Berlin (Mittelkurs) ⁹⁾ . . .	je DM-West	6,10	6,40	6,40	6,20	6,30	5,10	5,10	5,30	5,60	5,50	5,30	5,70	5,60	5,70	5,50
Warenpreise																
<i>Großhandelsindizes</i>																
Rohstoffpreise in USA (Moody) ¹⁰⁾ . .	31.12.31	346,0	344,5	345,6	347,8	347,5	468,5	471,4	471,4	486,3	487,5	474,7	489,5	493,9		